



Dezernat IV

Amt für Straßenwesen

Datum 17.02.2020

Gz. 66.31/be-10.00.4-
34914/2020

Telefon 56-2782

| Behandlung | Gremium | Datum | Status |
|--------------|--------------------------|------------|------------------|
| Vorberatung | Bau- und Umweltausschuss | 10.03.2020 | nicht öffentlich |
| Entscheidung | Gemeinderat | 19.03.2020 | öffentlich |

Anlagen

- 1 - Antrag der SPD-Fraktion
- 2 - Antrag der SPD-Fraktion
- 3 - Antrag der Gruppierung DIE LINKE
- 4 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff

Mobilitätskonzept Heilbronn 2030 - Endbericht

I. Antrag

Verwaltungsanträge aus DS 294/2019

1. Der Abschlussbericht zum Mobilitätskonzept Heilbronn 2030 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Federführung des Sachgebiet Mobilität und Verkehrsplanung (Amt für Straßenwesen) ein Mobilitäts-Controlling aufzubauen.
4. Das Klimaschutzteilkonzept Mobilitätskonzept Heilbronn 2030 wird nachrichtlich in den Klimaschutz-Masterplan der Stadt Heilbronn übernommen.

Ergänzende Verwaltungsanträge

5. Übernahme der Konkretisierungen in die Maßnahmenbeschreibungen des Mobilitätskonzeptes.

Anträge der Fraktionen

6. Antragspunkte 6.1 bis 6.81
entsprechend der tabellarischen Darstellung unter Abschnitt II. Sachverhalt

II. Sachverhalt

Das Mobilitätskonzept Heilbronn 2030 wurde mit Drucksache 294/2019 am 15.10.2019 im Rahmen der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses durch die beauftragten Ingenieurbüros vorgestellt und am 24.10.2019 im Gemeinderat in erster Lesung öffentlich eingebracht.

Auf die Darstellung im Sachverhalt der Drucksache 294 wird verwiesen. Richtiggestellt werden muss auf Seite 3 im Absatz Controlling der erste Satz. Korrekt muss es heißen: „Voraussetzung für eine wirksame Umsetzung des Mobilitätskonzepts ist der Aufbau eines Mobilitäts-Controllings.“

Bis zur Erstellung dieser Drucksache sind zum Mobilitätskonzept Anträge von drei Fraktionen eingegangen. Die Antragspunkte wurden nachstehend den neun strategischen Zielen des Mobilitätskonzepts sortiert. Zusätzlich gibt es einen Abschnitt mit Antragspunkten, die keinem der strategischen Ziele des Mobilitätskonzepts zugeordnet werden konnten.

1. Lebenswerte Stadt

| Nr. 1 (LINKE) | Ziel des Mobilitätskonzeptes |
|--------------------------|--|
| Antragsgegenstand | Ziel des Mobilitätskonzeptes ist die Erreichung eines Modalsplits mit einem Anteil von 50 % für den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fußgänger) |
| Stellungnahme Verwaltung | Dieses Ziel ist bereits Bestandteil des Masterplans „Nachhaltige Mobilität“ und des Mobilitätskonzeptes: Angestrebt wird ein Modal Split von 15 % Radverkehr, 20 % Fußverkehr, 15 % ÖPNV, 47 % MIV und 3 % Sonstige Verkehrsarten |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| Nr. 2 (LINKE) | Jahresetappen für Modal Split |
|--------------------------|---|
| Antragsgegenstand | Unterteilung der Steigerung des Anteils des Umweltverbundes von heute ca. 39% auf 50% in Jahresetappen (mindestens 1% Steigerung pro Jahr) |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Verteilung des Modal Splits auf jährliche Ziele ist möglich, die Überprüfung und Messung des Modal Splits ist allerdings sehr aufwendig und nur über umfangreiche, wissenschaftlich begleiteten Haushaltsbefragungen möglich. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| Nr. 3 (LINKE) | Controlling-Intervall |
|--------------------------|---|
| Antragsgegenstand | Jährliche Überprüfung der erreichten Ziele und ggfs. Nachbesserung |
| Stellungnahme Verwaltung | Um den Controlling-Aufwand gegenüber der Erledigung von Maßnahmen niedriger zu stellen, plant die Verwaltung ein Berichtsintervall von 2,5 Jahren. Der Bericht wird abwechselnd als Kurzbericht und als ausführlicher Bericht mit Modal Split-Entwicklung auf Basis einer umfangreichen, wissenschaftlich begleiteten Haushaltsbefragungen. |
| Empfehlung Verwaltung | Annahme mit der Maßgabe, den Bericht alle 2,5 Jahre in alternierender Form vorzulegen |

| | |
|--------------------------|--|
| Nr. 4 (LINKE) | Fußgängerzone nördliche Innenstadt |
| Antrags-gegenstand | Belebung der nördlichen Innenstadt durch Ausdehnung der Fußgängerzonen (Lohtorstr., Turmstraße, Zehentgasse) |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahme 2b „Erweiterung bestehender Fußgängerzonen und Neudefinition von Fußgängerzonen“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-------------------------------------|--|
| Nr. 5 (LINKE, GRÜNE) | Umgestaltung Lohtorstraße |
| Antrags-gegenstand | LINKE: Die Lohtorstraße wird vom Hafenmarktsturm bis zur unteren Neckarstraße („Neckarmeile“) umgestaltet GRÜNE: Erweiterung der Fußgängerzone Lohtorstraße bis zum Rathaus im ersten Halbjahr 2020. Kompensation der entfallenen Stellplätze ist schon erledigt durch die zusätzlich errichteten Stellplätze in gleicher Zahl auf dem Reimareal (Gebäudeabriss). |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist bereits Bestandteil des Masterplan Innenstadt und konkretisiert die Maßnahme 2b „Erweiterung bestehender Fußgängerzonen und Neudefinition von Fußgängerzonen“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

2. Mobil zu Fuß

| | |
|--------------------------|--|
| Nr. 6 (LINKE) | Zugänge Altneckar |
| Antrags-gegenstand | Verbesserung der Zugänge zum Altneckar auch für Gehbehinderte (Rampen) Fußgängerleitsystem in der Innenstadt (Wegweisung mit Gehzeitangaben) |
| Stellungnahme Verwaltung | Aufgrund topographischer Gegebenheiten und aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden öffentlichen Verkehrsfläche können einige Zugänge nur mit erheblichen baulichen und finanziellen Mitteln barrierefrei bzw. barrierearm hergestellt werden. Diese Zugänge und auch die Umsetzung eines Fußgängerleitsystems in der Innenstadt werden bereits im Fußwegekonzept von 2012 als wünschenswert beschrieben. Jedoch stehen für beide Maßnahmenpakete aktuell keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Jährlich sind hier derzeit zur Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum 50.000 EUR eingestellt und durch verschiedenste Maßnahmen bereits gebunden. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 7 (LINKE) | Gehwegparken |
| Antrags-gegenstand | Einschränkung der Park-Erlaubnisse auf Gehwegen |
| Stellungnahme Verwaltung | Grundsätzlich ist Gehwegparken gemäß Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht zulässig. Unter gewissen Umständen kann Gehweg-Parken legalisiert werden, wenn der Restgehwegbereich min. 2,50 m breit ist. Dies trifft auf viele Bestandssituation mit halbseitigem Gehweg-Parken nicht zu. Im Sinne der Fußverkehrsförderung und der Verbesserung der Barrierefreiheit nimmt das Amt für Straßenwesen daher schrittweise das bestehende Gehweg-Parken zurück, wie bereits in verschiedenen Straßen in Heilbronn geschehen. Hierfür stehen der Stadtverwaltung jedoch jährlich nur Haushaltsmittel zur Förderung des Fußverkehrs in Höhe von derzeit 25.000 EUR/Jahr zur Verfügung. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog unter Maßnahme 6b (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|------------------------------------|---|
| Nr. 8 (LINKE GRÜNE) | Fahrradabstellmöglichkeiten statt Parkplätze |
| Antrags-gegenstand | LINKE: Fahrradstellplätze statt im Gehwegbereich im angrenzenden Straßenraum durch Umwidmung von PKW-Parkplätzen GRÜNE: Basierend auf der rechtlichen Gleichstellung aller Verkehrsteilnehmer*innen und zum Schutz des Verkehrsraums für Fußgänger*innen wird ein angemessener Teil der Parkplätze im seitlichen Straßenraum für das Abstellen von Rädern aller Art, insbesondere für Lastenräder, Räder mit Anhängern und Dreirädern ausgewiesen. Umsetzung im ersten Halbjahr. (Nicht nur in der Innenstadt) (In den Niederlanden oder Dänemark werden in den Städten grundsätzlich 20 Prozent der Stellplätze für Fahrräder reserviert. Quelle: Prof. Monheim) |
| Stellungnahme Verwaltung | Ziel des Amtes für Straßenwesen ist der stetige Ausbau von Fahrradabstellanlagen. Grundsätzlich wird stets die Vereinbarkeit von Fahrradabstellanlagen im Seitenraum mit den Belangen der Fußgänger und auch des ruhenden MIV geprüft. Entsprechend werden derzeit nur vereinzelt Parkstände als Fahrradabstellplatz ausgewiesen, zumal auch die Nähe zum Verkehrsraum der Kfz häufiger zu Beschädigungen an Abstellanlagen und Rädern führt. Gerade aber im Hinblick auf die Verkehrswende und konkurrierender Verkehrsräume sieht auch das Amt für Straßenwesen hier aber weitere Potentiale. Um den Bedarf an Fahrradabstellanlagen abzudecken oder auch nur bislang wildes Abstellen von Fahrrädern zu ordnen, stehen jedoch nur begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung. Der Neubau der Fahrradabstellanlagen orientiert sich an einer konzeptionellen Grundlage. Diese sieht Abstellanlagen in allen Quartieren vor. Da eine vollständige Realisierung ad-hoc nicht möglich ist, wird diese sukzessive umgesetzt. Die Umsetzung folgt einem Priorisierungsplan. |
| Empfehlung Verwaltung | Annahme mit der Maßgabe, die Umsetzung im ersten Halbjahr 2020 zu streichen |

| | |
|-------------------------------------|---|
| Nr. 9 (LINKE, GRÜNE) | Fuß- und Radwegbrücke Hbf - Rampen |
| Antrags- gegenstand | LINKE: Direkte Zugänge von der Fußgängerbrücke über den Bahnhof zu den Bahngleisen GRÜNE: Nach dem Bau der Brücke am Hauptbahnhof wird nach einer gewissen Zeit der Alltagserprobung geklärt, ob und wo direkte Zugänge zu den Gleisen nötig sind. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antragsgegenstand stellt einen bestehenden Prüfantrag aus DS 363/2019 (Antrag der CDU vom 18. Dezember 2019) dar. |
| Empfehlung Verwaltung | <ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung des Antragsgegenstands der LINKEN • Antragsgegenstand der GRÜNEN ist erledigt durch Beschlusslage |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 10 (GRÜNE) | Zusätzliche Fußgängerquerung in der Allee (Kulturachse) |
| Antrags- gegenstand | An der Allee wird eine ampelgeregelte Überquerung angelegt: als Teil der Kulturachse Stadtgarten samt Hotel/Harmonie/Kunsthalle Vogelmann in Richtung Hafenmarktpassage/neue Fußgängerzone Lothorstraße/Experimenta und Neckar. Planung erstes Halbjahr 2020. |
| Stellungnahme Verwaltung | Dies war bereits beim Bau der Stadtbahn Nord Thema. Der Überweg würde über den besonderen Bahnkörper der Stadtbahn auf beiden Seiten führen und die Aufstellfläche der Haltestelle teilen. Bei einem haltenden Stadtbahnzug laufen die Fußgänger von der Straßenseite auf den Zug auf. Aufgrund der hierdurch entstehenden Gefahrensituation hat die Technische Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen einen Überweg an dieser Stelle abgelehnt. Die vorhandenen Fußgängerfurten in der Karl- und Kaiserstraße decken den Bedarf hinreichend ab und schränken die Erreichbarkeit von der Kunsthalle und des Stadtgarten nicht ein und liegen teilweise in direkter Lauflinie. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 11 (GRÜNE) | Fußwegekonzept |
| Antrags- gegenstand | Die Verwaltung erstellt ein Fußwegekonzept für die Gesamtstadt, wie im Mobilitätskonzept vorgeschlagen. Sie legt bis zu den kommenden Haushaltsberatungen geeignete Einzelmaßnahmen dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor. Das könnten sein: zusätzliche Zebrastreifen, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen, Gehwegausbuchtungen als Überquerungshilfe und weitere geeignete Sicherheitsmaßnahmen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Mittelfristig soll das bestehende Fußwegekonzept auf die Gesamtstadt ausgedehnt werden. Dies ist bereits im Mobilitätskonzept in der Maßnahme 2a „Fußwegekonzepte für alle Stadtteile“ enthalten. |

| | |
|--------------------------|--|
| | In den Empfehlungen des vorhandenen Fußwegekonzeptes, wie auch den Ergebnissen aus den Fußverkehrs-Checks in der südlichen Innenstadt, Böckingen, Horkheim und Biberach sowie dem Rahmenplan Horkheim sind bereits eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen benannt. Im Hinblick auf die geplante Ausdehnung des Fußwegekonzeptes und auch auf die bereits bestehenden Planungen, die zur Beschlussfassung vorliegen, nimmt die Verwaltung von der Erstellung der Fußwegekonzepte für alle übrigen Stadtbereiche Abstand. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 12 (GRÜNE) | Innerstädtischer Lieferverkehr |
| Antrags- gegenstand | Die Stadt stimmt sich mit dem innerstädtischen Einzelhandel ab. Ziel ist ein stadtverträglicher, emissionsfreier Lieferservice in der Innenstadt unter Einbeziehung von Fahrradkurieren. Dadurch werden Kund*innen nicht zum Schlepper*innen und das Einkaufen in der Innenstadt wird attraktiver. Zugleich wächst die Bereitschaft, auf den ÖPNV umzusteigen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 1f „Einführung/Erweiterung von Serviceangeboten und 7b „Einführung von Mikrodepots mit Weiterverteilung durch E-Cargo-Bikes o.ä.“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 13 (GRÜNE) | Schließfächer in der Innenstadt |
| Antrags- gegenstand | Die Verwaltung errichtet Schließfächer in zentraler Innenstadtlage wie vormals am Haupteingang der BUGA für Besucher*innen und Kund*innen der Innenstadt. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 1f „Einführung/Erweiterung von Serviceangeboten Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

3. Mobil mit dem Rad

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 14 (GRÜNE) | Radverkehrskonzept |
| Antrags- gegenstand | Das Radverkehrskonzept von 2008 wird im Jahr 2020 fortgeschrieben. Als Fahrradanteil für 2030 wird ein ambitionierter Zielkorridor von 20-25 Prozent festgelegt. Alle mit Priorität A gekennzeichneten Maßnahmen werden nach Prüfung umgehend realisiert. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Fortschreibung des Radverkehrsplans von 2008 ist bis 2022 vorgesehen. Neben der Überprüfung der Umsetzung von Maßnahmen aus |

| | |
|--------------------------|---|
| | dem Radverkehrsplan 2008 werden die Inhalte und die bisherige Umsetzung von Maßnahmen aus dem Radroutenkonzept 2012 und dem Bike & Ride-Konzept zusammengefasst und fortgeschrieben. Eine Prioritätenreihung von Maßnahmen wird entsprechend formuliert und in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgt die Umsetzung dieser Maßnahmen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 15 (GRÜNE) | Fördermittel für Radverkehrsinfrastruktur |
| Antrags- gegenstand | Auch um die sehr günstige Fördermittelsituation bei Radwegen zu nutzen, meldet die Verwaltung noch im ersten Halbjahr 2020 eine maximale Zahl von Radverkehrsanlagen zur Förderung an, ggf. mit externer Vergabe der Planung. Basierend auf unerledigten Maßnahmen des RVP 2008 und aktuellen Erfordernissen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Anmeldung von Fördermitteln für Projekte der Radinfrastruktur ist mit Vorgaben hinsichtlich deren baulicher Umsetzung verknüpft. Entsprechend sind eine jeweilige Anmeldung und die Umsetzung von Projekten stets im Zusammenhang mit den vorhandenen personellen Kapazitäten zu sehen und auch hierauf ausgelegt. Zudem sind vom Grundsatz her bei der Förderung von Projekten auch entsprechende Eigenmittel nachzuweisen, die im jeweils aktuellen Haushalt eingestellt sein müssen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 16 (GRÜNE) | Radschnellwege / schnelle Radwege |
| Antrags- gegenstand | <p>Die Verwaltung macht Vorschläge für die Kategorien Radschnellwege und schnelle Radwege quer durch die Stadt unter Berücksichtigung des Potenzials entlang Neckar und der stillgelegten Bahntrassen.</p> <p>a) Der autofreie Schnellradweg auf der Bottwarbahntrasse (u.a. Verbindung zwischen beiden Hochschulen und zur Innenstadt) wird umgehend zur Förderung angemeldet.</p> <p>b) Die Lerchenbergtrasse wird in städtisches Eigentum überführt</p> <ul style="list-style-type: none"> - um sie künftig als Fuß- und Radweg zu nutzen, - um die katastrophale Situation im Recyclinghof Wannental (Ein- und Ausfahrt, Rückstaus, Platzmangel) zu beheben, - um ein Mobilitätshub an der Stadtbahnhaltestelle Pfühlpark einzurichten, - um der neuen Gerhart-Hauptmann-Schule mehr Außenfläche oder Erweiterungsfläche zu gewähren (Erwerbsgrund außerhalb der Mobilität im engeren Sinne). <p>c) Eine durchgehende Nord-Süd Verbindung (überwiegend vorfahrtsberechtigt) östlich der Allee als Verlängerung des Schnellradwegs Bottwarbahntrasse vom Südbahnhof zum Botanischen Obstgarten über die Uhlandstraße, Gymnasiumstraße, den alten Friedhof, die Wartbergstraße</p> |

| | |
|-----------------------------|--|
| | und die Erlenbacher Straße (Ostring). Eine solche Nord-Süd-Verbindung kann auch entlang der Allee eingerichtet werden, die Verwaltung prüft diese Möglichkeit. |
| Stellungnahme Verwaltung | <p>Es wurden 2 Machbarkeitsstudien für Radschnellwege (Nord-Süd-Tangente) und Radschnellverbindungen (Ost-West-Tangenten) u.a. in Abstimmung mit der Stadt Neckarsulm und dem Landkreis Heilbronn angefertigt. Letztere davon steht kurz vor Fertigstellung. Mit diesen Machbarkeitsstudien wurde das angesprochene Potential ermittelt. Die Vorstellung dieser Informationen im Gemeinderat ist geplant für Sommer 2020.</p> <p>a) Ein Radschnellweg kann auf dieser Trasse nicht realisiert werden, da die Randbedingungen hinsichtlich der erforderlichen Mindestlänge von 5 km nicht erfüllt wird. Möglichkeiten zur Planung und Realisierung einer Radwegeverbindung unter Einbeziehung der Bottwarbahntrasse werden derzeit geprüft, ggf. auch eine Finanzierung als sogenanntes Klimaschutzprojekt.</p> <p>b) Seitens der Stadtverwaltung ist kein Erwerb des Lerchenbergtuennels bzw. der Trasse vorgesehen.</p> <p>c) Die Maßnahme stellt eine Konkretisierung der Maßnahme 3d „Einrichtung von zügig befahrbaren Fahrradachsen“ dar und wird im Zuge der Bearbeitung der Maßnahme geprüft.</p> |
| Empfehlung Verwaltung | <p>a) Ablehnung</p> <p>b) Ablehnung</p> <p>c) Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5)</p> |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 17 (GRÜNE) | Querungsmöglichkeit Friedrich-Ebert-Brücke |
| Antrags- gegenstand | Planung und Bau einer ampel- und autofreien Rad-Direktverbindung zwischen Lohtorstraße und Kirchbrunnenstraße mit Unterquerung der Friedrich-Ebert-Brücke. Durch Verlängerung des bestehenden (behinderten-gerechten?) Abgangs zum Theaterschiff (Höhe Kirchbrunnenstraße), der die Friedrich-Ebert-Brücke schon heute unterquert, nach Norden bis fast zur Adolf-Cluss-Brücke/Lohtorstraße. Der Anschluss an die Untere Neckarstraße erfolgt durch eine Rampe. Die neue idyllische Strecke ist schon zur Hälfte vorhanden. Sie entlastet die parallel verlaufende, teils sehr enge Verkehrsfläche oberhalb und reduziert so den Stau auf dem Gehweg Kaiserstraße vor der Ampel Untere/Obere Neckarstraße. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die vorgeschlagene Streckenführung erweist sich im Zusammenhang mit dem heutigen Zugang zum Theaterschiff, dem Grundsatzgedanken zur Öffnung des Neckars und aufgrund der nicht unerheblichen Kosten für Rampenbauwerke derzeit als nicht realisierbar. Zudem treffen im Uferbereich weitere Interessen aufeinander (Hochwasserschutz, Bebauung der Uferstrandzone). Für einen gemäß den Regelwerken mit entsprechender Breite angelegten Radweg ist zudem nur schwer vermittelbar vor allem Fußgängern die Nutzung zu untersagen, da der Neckar einen wichtigen Erlebnisraum gerade für Fußgänger darstellt. Eine attraktive Alternative |

| | |
|--------------------------|---|
| | für Radfahrer stellt zudem die Verbindung Götzenturmbrücke, Badstraße zur Kranenstraße dar. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 18 (GRÜNE) | Verbindung vom Sonnenbrunnen |
| Antrags- gegenstand | Böckingen: Planung und Bau einer Direktverbindung vom Fuß- und Radübergang Sonnenbrunnen zur Fuß- und Radbrücke über die Neckartalstraße. Erwerb der erforderlichen Bahnfläche südlich Großgartacher Straße. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Deutsche Bahn weist im Zusammenhang mit einem möglichen Grunderwerbwunsch der Stadt darauf hin, dass die notwendigen Flächen für eine entsprechende Radwegeverbindung für den Betriebsablauf der DB nicht entbehrlich sind. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 19 (GRÜNE) | Radparkhaus |
| Antrags- gegenstand | Radparkhäuser, zunächst am Bahnhof, werden endlich zügig eingerichtet. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Drucksache zur Genehmigung der Planung und Kosten des Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof wird in den B+U am 10.03.2020 behandelt |
| Empfehlung Verwaltung | Antragspunkt mit der Annahme der genannten Drucksache gegenstandslos. |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 20 (GRÜNE) | Grüner Pfeil für Radfahrer |
| Antrags- gegenstand | Die Möglichkeit zur Einrichtung „Grüner Pfeile für Radfahrer“ wird in Heilbronn zügig umgesetzt. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die hierfür maßgebliche StVO-Novelle wurde bislang noch nicht ratifiziert. Somit ist der Einsatz dieses Verkehrszeichens noch nicht möglich. Sobald die Freigabe erfolgt ist, wird die Verwaltung geeignete Standorte prüfen und ggf. das neue Schild einsetzen. Die Anordnung dieser StVO-Beschilderung ist ein Aufgabe des übertragenen Wirkungskreis als Untere Straßenverkehrsbehörde. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|---|
| Nr. 21 (GRÜNE) | Förderung Lastenräder |
| Antrags-gegenstand | Die Verwaltung legt dem Gemeinderat im ersten Quartal 2020 ein Konzept zur Förderung des Einsatzes von Lastenrädern analog Stuttgart vor. |
| Stellungnahme Verwaltung | Derzeit stehen keine HH-Mittel für derartige Förderungen zur Verfügung. Zudem fehlen derzeit die Stellenkapazitäten, um dieses Konzept zu erarbeiten und das Förderprogramm umzusetzen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 22 (GRÜNE) | Analyse Zählung Radverkehr |
| Antrags-gegenstand | Zählstation für Radverkehr am Götzenturm: Umfassende Analyse aller gesammelten Daten im ersten Quartal 2020. Bericht im Gemeinderat. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Bericht über diese und ähnliche Zahlen ist Bestandteil des Mobilitäts-Controllings. Wann eine erste Berichterstattung ins diesem Rahmen möglich ist, kann erst im Nachgang der Beschlussfassung zu dieser Drucksache abgeschätzt werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 23 (GRÜNE) | Befragung zum Radverkehr |
| Antrags-gegenstand | Großangelegte Befragung im ersten Halbjahr zur Radverkehrssituation in der Kernstadt und in den Stadtteilen incl. Verbesserungsvorschläge. Ziel ist ein vollständiges Netz sicherer, autoarmer und direkter Radwege innerhalb und zwischen den Stadtteilen (Schule, Arbeit, Einkauf, Freizeit), so wie in der Kernstadt. |
| Stellungnahme Verwaltung | Wegen fehlender Stellenkapazitäten kann der vorliegende Vorschlag nicht umgesetzt werden. Für eine Vergabe an Dritte stehen derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 24 (LINKE) | Fahrradverleihsystem |
| Antrags-gegenstand | Einführung eines Fahrradleihsystems in allen Stadtteilen mit Serviceangeboten |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antragsgegenstand ist bereits Bestandteil des Mobilitätskonzeptes in der Maßnahme 5b „Einführung bzw. Ausweitung von alternativen Mobilitätsformen“. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 25 (LINKE) | Innenstadtverbindung Ost-West für Radfahrer |
| Antrags- gegenstand | Ausweisung einer Radstraße in Ost-West Richtung durch die gesamte Innenstadt |
| Stellungnahme Verwaltung | Eine durchgängig verlaufende Fahrradstraße in Ost-West-Richtung ist aufgrund der vorliegenden Straßennetzstruktur nicht möglich. Im Zuge der Radroute Ost werden beginnend mit der Titotstraße jedoch große Streckenabschnitte der Bismarckstraße als Fahrradstraße ausgewiesen. An anderen Routenabschnitten ist dies aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht möglich (dort entstehen Schutzstreifen oder Radfahrstreifen). |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 26 (LINKE) | Gepäckdepots |
| Antrags- gegenstand | Gepäckdepots |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 1f „Einführung/Erweiterung von Serviceangeboten“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 27 (LINKE) | Stadtradeln |
| Antrags- gegenstand | Stadtradelaktion |
| Stellungnahme Verwaltung | 2020 soll wie in den vergangenen Jahren die Aktion Stadtradeln durchgeführt werden. In 2019 nahmen in Heilbronn 865 aktiv Radelnde und 68 Teams teil. Es wurden insgesamt 162.676 km geradelt und dadurch 23 t CO2 vermieden. 2020 soll das Stadtradeln gemeinsam und zur gleichen Zeit mit dem LK HN erfolgen. Für jedes Wochenende im Veranstaltungszeitraum ist eine Aktion (Radcheck, geführte Radtouren, Mondscheinradtour, etc.) geplant. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist durch Verwaltungshandeln bereits erledigt. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 28 (LINKE) | Fahrradabstellmöglichkeiten im Neckarbogen |
| Antrags- gegenstand | Bau eines Fahrradparkhauses neben der Brücke zum Hbf auf der Seite des Neckarbogens (zusammen mit PKW-Parkhaus) |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 3e „Ausbau der Fahrradparkmöglichkeiten“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 29 (LINKE) | Lerchenbergtunnel |
| Antrags- gegenstand | Umbau des Lerchenbergtunnels zum Fahrradunnel |
| Stellungnahme Verwaltung | Seitens der Stadtverwaltung ist kein Erwerb des Lerchenbergtunnels geplant.. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

4. Mobil mit Bus und Bahn

| | |
|-------------------------------------|--|
| Nr. 30 (LINKE GRÜNE) | Ringlinien |
| Antrags- gegenstand | LINKE: Einführung von Ringlinien (z.B. Horkheim-Sontheim-Böckingen-SLK-(Frankenbach)-Neckargartach) GRÜNE: Einrichtung von Ringlinien z.B. Sontheim – Böckingen – Innenstadt und von Stadtgrenzen überschreitendem Busverkehr (Biberach – Kirchhausen – Leingarten). |
| Stellungnahme Verwaltung | Mit Ringlinien ist aufgrund der Beschreibung die Schaffung von tangentialen Verbindungen ohne Durchfahrung der Stadtmitte gemeint, dies müssen laut wissenschaftlicher Definition nicht zwingend Ringlinien sein, solche Streckenabschnitte können aber zu ringlinienartigen Verbindungen zusammengefasst werden. Zwischen den SLK-Kliniken und Frankenbach besteht eine direkte Verbindung, ebenso zwischen Frankenbach und Neckargartach. Außerdem wurde mit der Kleinbuslinie 670 eine tangentiale Verbindung von Kirchhausen über Biberach zu den Böllinger Höfen und weiter nach Frankenbach und zum Klinikum geschaffen. Ein Stadtgrenzen überschreitender Busverkehr ist nach der geltenden Rechtslage Sache des Landkreises Heilbronn. Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 4c „Optimierung von Stadt- und Regionalbus“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 31 (LINKE) | Busbevorrechtigung |
| Antrags- gegenstand | Ausbau der Busvorberechtigung in allen Stadtbereichen |
| Stellungnahme Verwaltung | Umfangreiche Maßnahmen zum Ausbau der Busbevorrechtigung sind in den Maßnahmen 4c „Optimierung von Stadt- und Regionalbus“ und 4e „ÖPNV-Beschleunigung“ enthalten. In einem ersten Schritt wurden Anträge zur Förderung einer Busbevorrechtigung auf den wichtigsten Streckenabschnitten im September 2019 gemeinsam von der Stadt Heil- |

| | |
|--------------------------|--|
| | bronn und den Stadtwerken gestellt. Derzeit wird auf den Fördermittelbescheid gewartet. Eine Konkretisierung der Maßnahmen durch den Antrag ist nicht zu erkennen. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 32 (LINKE) | Pförtnerampeln |
| Antrags- gegenstand | Einrichtung von Pförtnerampeln in überlasteten Stadtteilen (Frankenbach, Neckargartach) |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Einrichtung von Pförtnerampeln zur Gewährleistung des Verkehrsflusses und der Förderung des ÖPNV innerhalb betroffener Stadtteile können grundsätzlich geprüft werden. Es ist die Verkehrsprognose nach Fertigstellung der Nordumfahrung Neckargartach/Frankenbach zu berücksichtigen. Busschleusen sind hier entsprechend erforderlich. Im derzeitigen Ausbauzustand könnten insbesondere bei Autobahn-Umleitungsverkehr und generell erhöhtem Verkehrsaufkommen die teils erheblichen Verspätungen deutlich reduziert bzw. vermieden werden. Dies würde zur Stabilität von mehreren wichtigen Linien im Netz beitragen. Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 4e „ÖPNV-Beschleunigung“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 33 (LINKE) | Reservierung Fahrspuren |
| Antrags- gegenstand | Dynamische Reservierung von Fahrspuren für Busse; Ausweichstellen für Pkws |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antragsgegenstand ist derzeit technisch und straßenverkehrsrechtlich nicht umsetzbar. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 34 (LINKE) | Emissionsarme Busflotte |
| Antrags- gegenstand | Programm für die komplette Umstellung des Busfuhrparkes auf emissionsarme Fahrzeuge |
| Stellungnahme Verwaltung | Mit der Fahrzeugauslieferung des laufenden Jahres ist bereits ein Anteil von über 85 % der Flotte „bestmöglich sauber“. Entsprechende Beschaffungen vorausgesetzt, ist das Ziel einer komplett emissionsarmen Fahrzeugflotte spätestens im Jahr 2022 voll erfüllt. |
| Empfehlung Verwaltung | Der Antrag ist durch entsprechendes Verwaltungshandeln erledigt. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 35 (LINKE) | Einführung von Kleinbuslinien |
| Antrags- gegenstand | Einführung von Kleinbuslinien |
| Stellungnahme Verwaltung | Derzeit werden 2 Kleinbuslinien im städtischen Liniennetz gefahren, zum einen die Linie 13 von Böckingen über den Bereich Haselter zur Innenstadt und die Linie 670 in Zusammenarbeit mit dem Landkreis von Kirchhausen nach Biberach, weiter über Böllinger Höfe und Frankenbach zum SLK-Klinikum. Bedarfsgerecht können zukünftig weitere Verbindungen eingerichtet werden, dies ist im Einzelfall zu prüfen. Der Antrag ist bereits in den Maßnahmen 4c „Optimierung von Stadt- und Regionalbus“ und 4k „Einführung von bedarfsorientierten ÖPNV-Angeboten“ enthalten. Eine Konkretisierung der Maßnahmen durch den Antrag ist nicht zu erkennen. |
| Empfehlung Verwaltung | Der Antrag ist gegenstandslos. |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 36 (LINKE) | Integration Regionalbuslinien |
| Antrags- gegenstand | Bessere Integration von Regionalbuslinien in den Stadtbusbereich. Entflechtung der Buslinien in der Innenstadt |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Regionalbuslinien sind innerhalb des Stadtbusbereiches seit Einführung des Verkehrsverbundes auch für Verkehre innerhalb der Stadt grundsätzlich nutzbar. Die Fahrpläne dieser Linien sind so ausgerichtet, dass die schnelle Beförderung aus dem Landkreis zu zentralen Punkten in der Innenstadt gewährleistet ist, deshalb werden bei Regionalbuslinien grundsätzlich nicht alle Haltestellen des Stadtbusnetzes bedient. Eine Entflechtung der Buslinien ist nur schwer möglich, da die Regionalbuslinien ebenso wie die Stadtbuslinien bedarfsgerecht geführt sind und zeitliche und räumliche Zwangspunkte bei Anschlüssen zu berücksichtigen sind. Hinsichtlich der bestehenden Kapazitäten sind die eingesetzten Fahrzeuge aufgrund der Nachfrage auch erforderlich. Eine Entflechtung kann nur durch den weiteren Ausbau des Schienennetzes erfolgen, hier konkret die Einführung der Zabergäubahn, wo zahlreiche Fahrten von Regionalbuslinien auf den Schienenverkehr verlagert werden können. Im Fall der Zabergäubahn bedarf es nur weniger zusätzlicher Bahnfahrten in der Innenstadt, so dass hier eine wirkungsvolle Entflechtung stattfindet. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 37 (LINKE) | 365-€-Jahrestickets |
| Antrags- gegenstand | Einführung eines 365-€-Jahrestickets |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Einführung eines 365-€-Jahrestickets im Verbund würde einen Einnahmerückgang von über 10 Mio. EUR zur Folge haben. Ohne begleitende Maßnahmen, wie z. B. in Wien durchgeführt, entziehen solche Angebote dem System die dringend benötigten Finanzmittel. Der HNV wird zusammen mit dem Nachbarverbund Kreisverkehr Schwäbisch Hall eine Untersuchung zur Tarifkooperation zur Weiterentwicklung der Tarife in Auftrag geben. Dies hat der Aufsichtsrat des HNV beschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auf dieser Basis die Tariflandschaft entsprechend weiterentwickeln wird. Das Thema wird zusätzlich beim der Maßnahme 4g "Optimierung der Tarifgestaltung" detaillierter betrachtet. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 38 (LINKE) | Gratis-Samstage |
| Antrags- gegenstand | Samstags ganzjährig kostenloser ÖPNV in Heilbronn |
| Stellungnahme Verwaltung | Der HNV wird zusammen mit dem Nachbarverbund Kreisverkehr Schwäbisch Hall eine Untersuchung zur Tarifkooperation zur Weiterentwicklung der Tarife in Auftrag geben. Dies hat der Aufsichtsrat des HNV beschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auf dieser Basis die Tariflandschaft entsprechend weiterentwickeln wird. Das Thema wird zusätzlich beim der Maßnahme 4g "Optimierung der Tarifgestaltung" detaillierter betrachtet. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 39 (LINKE) | Kostenfreier ÖPNV |
| Antrags- gegenstand | Langfristig kostenfreier ÖPNV in Heilbronn |
| Stellungnahme Verwaltung | Hier müsste die so genannte Drittfinanzierung ermöglicht werden, derzeit besteht hierfür keine Rechtsgrundlage. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 40 (LINKE) | Gewerbsteuer für ÖPNV |
| Antrags-gegenstand | Zweckgebundene Verwendung eines Teils der Gewerbsteuer für ÖPNV |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antraggegenstand ist haushaltsrechtlich unzulässig, es gilt das Gesamtdeckungsprinzip. Eine explizite Zweckbindung für die Gewerbe- steuer kann nicht beschlossen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Kein Beschlussfassung, da rechtswidrig. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 41 (LINKE) | Frankenbahn |
| Antrags-gegenstand | Unterstützung der Bemühungen, den Ausbau des 2. Gleises der Jagsttal- brücke bei Züttlingen auf der Frankenbahn in den Bundesverkehrswege- plan aufzunehmen, um Heilbronn besser an das Fernbahnnetz der Bun- desbahn ab Würzburg anzubinden |
| Stellungnahme Verwaltung | Dies liegt außerhalb der Zuständigkeit der Stadt Heilbronn. Generell ist die Stadt natürlich am leistungsfähigen Ausbau der auf die Stadt zulau- fenden Eisenbahnstrecken interessiert. Auf politischer Ebene wird dies grundsätzlich unterstützt. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 42 (GRÜNE) | Preisgünstigere Tickets |
| Antrags-gegenstand | Generelle Verbilligung der Tickets für Bus und Stadtbahn durch Vertei- lung der Kosten auf alle Verkehrsteilnehmer*innen. (Bsp. 365 €-Jahresti- cket, Nahverkehrsabgabe, ermäßigtes Ticket an junge Erwachsene, 16 bis 25,99 Jahre, um sie als Kund*innen des ÖPNV in einer wichtigen Le- bensphase nicht zu verlieren) |
| Stellungnahme Verwaltung | Der HNV wird zusammen mit dem Nachbarverbund Kreisverkehr Schwä- bisch Hall eine Untersuchung zur Tarifkooperation zur Weiterentwicklung der Tarife in Auftrag geben. Dies hat der Aufsichtsrat des HNV beschlos- sen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auf dieser Basis die Tariflandschaft entsprechend weiterentwickeln wird. Das Thema wird zu- sätzlich beim der Maßnahme 4g "Optimierung der Tarifgestaltung" detail- lierter betrachtet. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 43 (GRÜNE) | Fahrten in der Innenstadt kostenfrei |
| Antrags-gegenstand | Die Fahrten mit dem ÖPNV in einem festzulegenden Innenstadtbereich (zwischen Hbf., Allee, Bildungscampus und Wilhelmstr.) sollen unentgelt- lich sein. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Stellungnahme Verwaltung | <p>Der HNV wird zusammen mit dem Nachbarverbund Kreisverkehr Schwäbisch Hall eine Untersuchung zur Tarifkooperation zur Weiterentwicklung der Tarife in Auftrag geben. Dies hat der Aufsichtsrat des HNV beschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auf dieser Basis die Tariflandschaft entsprechend weiterentwickeln wird. Das Thema wird zusätzlich beim der Maßnahme 4g "Optimierung der Tarifgestaltung" detaillierter betrachtet.</p> <p>Generell problematisch ist die kostenlose Mobilität in einem abgegrenzten Bereich im Verhältnis zu den zahlungspflichtigen Bereichen. Auch das Land Baden-Württemberg spricht sich grundsätzlich gegen einen unentgeltlichen ÖPNV ohne eine so genannte Drittfinanzierung aus, da dem System hier wichtige Finanzmittel entzogen werden.</p> |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 44 (Grüne) | Echtzeitanzeiger |
| Antrags- gegenstand | Mehr Echtzeitanzeigen an den Haltestellen. |
| Stellungnahme Verwaltung | <p>Die Stadtwerke haben im Rahmen des Förderprogrammes „Saubere Luft“ im September 2019 beim Bund die Förderung der Ausrüstung weiterer wichtiger Haltestellen des ÖPNV mit Echtzeitanzeigern beantragt. Eine flächendeckende Ausstattung ist aus finanziellen Gründen nicht möglich. Hier wird innerhalb des Verkehrsverbundes eine Echtzeitinformation über mobile Endgeräte angestrebt.</p> <p>Der Antrag ist bereits in den Maßnahmen 4j „Ausweitung der (mobilen) Informations- und Bezahlangebote“ enthalten. Eine Konkretisierung der Maßnahmen durch den Antrag ist nicht zu erkennen.</p> |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 45 (GRÜNE) | Shuttleverkehr in der Innenstadt |
| Antrags- gegenstand | Der ÖPNV wird in der Innenstadt durch einen elektrischen Kleinbus im Shuttleverkehr (Hop on Hop off) ergänzt, um die Innenstadt von Nord nach Süd gut miteinander zu vernetzen." |
| Stellungnahme Verwaltung | Aufgrund der Linienführung und der Fahrplandichte im Innenstadtbereich ist die Führung eines zusätzlichen Kleinbusses in der Innenstadt von Nord nach Süd eher kontraproduktiv. Durch die zusätzliche Stopps wird der übrige ÖPNV unnötig behindert. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 46 (GRÜNE) | Werksbuslinien |
| Antrags- gegenstand | Die Verwaltung wirkt bei ihrer Tochter Stadtwerke darauf hin und fordert die Aufsichtsrät*innen dazu auf, eine/n Koordinator*in zu benennen, der/die die Entwicklung von Werksbuslinien zusammen mit geeigneten Firmen vorantreibt, zum Beispiel zu den Böllinger Höfen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Entwicklung von Werksbuslinien ist im Personenbeförderungsgesetz in § 43 klar geregelt. Zum Audi-Werk gibt es Werksbuslinien. Solche Linien dienen allerdings nicht dem allgemeinen ÖPNV, sie sind also nur bedingt öffentlich. Im Rahmen des Mobilitätspaktes Heilbronn/Neckarsulm wurden und werden Überlegungen angestellt und auch schon Maßnahmen umgesetzt, um die Verkehre zu den großen Arbeitgebern zu verbessern. Aus der Stadt Heilbronn heraus sind die Böllinger Höfe gut zu erreichen, der Landkreis hat eine Buslinie von Neckarsulm mit Stadtbahnanschluss zu den Böllinger Höfen eingerichtet. Allgemein ist eine Separierung des Berufsverkehrs ein nur begrenzt und punktuell wirkendes Mittel, das im Einzelfall geprüft werden muss, sonst kann dies eine kontraproduktive Wirkung entfalten. Der HNV wertet die Anforderungen der Firmen bei den Gesprächen zur Einführung des Job-Tickets aus. Die Ergebnisse fließen ggf. in die Weiterentwicklung der Fahrpläne ein. Diese Aufgabe wird also innerhalb des HNV wahrgenommen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 47 (GRÜNE) | On-Demand Verkehre |
| Antrags- gegenstand | Einrichtung von On-Demand-ÖPNV mithilfe einer entsprechenden App. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Stadtwerke prüfen aktuell die Einführung von On-Demand-Verkehren mithilfe einer entsprechenden Applikation zum Ersatz der bisher verkehrenden Nachtbuslinien durch ein flexibleres System, das auch bis in die Morgenstunden nutzbar ist. Die Ergebnisse werden dem Aufsichtsrat mitgeteilt, der auch über die Einführung solcher Verkehre beschließen wird. Der Antragsgegenstand ist in den Maßnahmen 4k „Einführung von bedarfsorientierten ÖPNV-Angeboten“ und 5b „Einführung bzw. Ausweitung von alternativen Mobilitätsformen“ enthalten. Eine Konkretisierung ist nicht zu erkennen |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos. |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 48 (GRÜNE) | Zabergäubahn |
| Antrags- gegenstand | Die Verlängerung der Stadtbahn über Böckingen und Klingenberg ins Zabergäu muss vorangetrieben werden. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Stellungnahme Verwaltung | Die Stadt unterstützt das Vorhaben der Reaktivierung der Zabergäubahn, da dadurch große entlastende Effekte für den einbrechenden Verkehr in die Stadt Heilbronn erzielt werden können. Der Antragsgegenstand ist in den Maßnahmen 4b „Netzerweiterung bei der Stadtbahn“ enthalten. Eine Konkretisierung ist nicht zu erkennen. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

5. Nachhaltige, vernetzte, neue Mobilität

| | |
|-------------------------------------|--|
| Nr. 49 (LINKE GRÜNE) | Mobilitätshubs |
| Antrags- gegenstand | LINKE: Mobilitätshubs an allen Hauptstraßen mit Serviceangeboten, Kombiangeboten und Leihstationen Fahrräder; E-Bikes GRÜNE: Einrichtung von Mobilitätshubs vorrangig an den Haupterschließungsstraßen. Sie ermöglichen den Wechsel in den bzw. innerhalb des Umweltverbundes. Ausgestattet mit Ladestationen, Schließfächern, Servicestationen und Leihsystemen aller Art. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist Bestandteil der Maßnahmen 5b „Einführung bzw. Ausweitung von alternativen Mobilitätsformen“ und 5d „Ausarbeitung und Umsetzung eines Mobilitätsstationskonzeptes“. Eine Konkretisierung ist nicht zu erkennen. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

6. Mobil mit dem PKW

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 50 (LINKE) | Reduzierung Parkplätze |
| Antrags- gegenstand | Reduzierung von Parkplätzen in der Innenstadt, wo dies möglich und zur besseren Verkehrsführung erforderlich ist. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Stadt Heilbronn hat ein Parkraumkonzept mit Erhebung in der Innenstadt beauftragt. In diesem sollen Parkraumangebot und Parkraumbedarf im Detail geprüft werden. Die Ergebnisse sollen nach der Sommerpause in den Gemeinderat eingebracht werden. Der Antrag ist im Mobilitätskonzept unter der Maßnahme 6b „Neuordnung des ruhendes Kfz-Verkehrs“ enthalten. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 51 (LINKE) | Parkhausparken in der Innenstadt |
| Antrags-gegenstand | Konzentration des Pkw-Parkens in der Innenstadt in Parkhäusern |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist Bestandteil der Maßnahmen 6b „Neuordnung des ruhenden Verkehrs“. Eine Konkretisierung ist nicht zu erkennen. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 52 (LINKE) | Quartiersgaragen |
| Antrags-gegenstand | Schaffung von Quartiersgaragen für Bewohner der Innenstadt |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahme 6b „Neuordnung des ruhenden Kfz-Verkehrs“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 53 (LINKE) | Gerberstraße |
| Antrags-gegenstand | Unterbindung der Durchfahrt Gerberstraße/Kaiserstraße |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Verwaltung verweist auf Drucksache 338/2019. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 54 (LINKE) | Verlängerung Saarlandstraße |
| Antrags-gegenstand | Kein 4-spüriger Ausbau der Saarlandstraße vom Saarlandkreisel bis zur B293 |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Verlängerung der Saarlandstraße ist weiterhin in Bestandteil der Verkehrsplanung der Stadt Heilbronn um die westlichen Stadtteile vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Der vierspurige Ausbau ist Bestandteil eines bestandkräftigen Bebauungsplanes. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 55 (LINKE) | Friedrich-Ebert-Trasse |
| Antrags-gegenstand | Keine 2-streifige Verbindungsachse zwischen der B27 und der B39 („Friedrich-Ebert-Trasse“) |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Friedrich-Ebert-Trasse zwischen den Bundesstraßen 27 und 39 ist verkehrsplanerisch eine wichtige Entlastungsverbindung für die stark be- |

| | |
|--------------------------|---|
| | lastete Innentadtdurchfahrt in der Weinsberger Straße und der angrenzenden Teile des Innentadtrings. Eine wirkungsvolle Entlastung dieser Netzabschnitte ist ohne diese Trasse nicht vorstellbar. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 56 (GRÜNE) | Tempo 40 / Ausweitung Tempo 30 Zonen |
| Antrags- gegenstand | Innerhalb des inneren Rings gilt höchstens Tempo 40 und es wird auch die Einrichtung weiterer Tempo-30-Zonen oder entschleunigter Gebiete geprüft. Dies ist auch aus Gründen der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes zwingend geboten. Luftschadstoffe machen nicht halt an der Stelle, wo die Straßen ihre Namen ändern (z.B. Weinsberger Straße – Mannheimer Straße – Allee – Paulinenstraße). |
| Stellungnahme Verwaltung | Im Zuge der städtischen Maßnahmen zur Luftreinhaltung wird durch die Straßenverkehrsbehörde Tempo 40 im Innentadtring angeordnet und noch im März umgesetzt. Die Stadt Heilbronn hat in fast allen Bereichen mit Wohngebieten schon heute Tempo-30-Zonen eingerichtet. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist durch entsprechendes Verwaltungshandeln erledigt. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 57 (GRÜNE) | Parkraumkonzept |
| Antrags- gegenstand | Vorlage des Parkraumkonzepts Innentadtring noch im ersten Halbjahr 2020. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Stadt Heilbronn hat ein Parkraumkonzept mit Erhebung in der Innentadtring beauftragt. In diesem sollen Parkraumangebot und Parkraumbedarf im Detail geprüft werden. Die Ergebnisse sollen nach der Sommerpause in den Gemeinderat eingebracht werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 58 (GRÜNE) | LKW-Durchfahrtsverbot / Citylogistik |
| Antrags- gegenstand | Für die Stadt Heilbronn gilt: Lkw-Durchfahrtsverbot, auch wegen Maut- und Stauausweichverkehr von den Autobahnen. Die Stadt überprüft darüber hinaus Umladestationen auf kleinere Transporter an der Peripherie, um auch beim Anlieferverkehr durch Lkw, wo möglich, Entlastung zu erzielen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Ein Lkw-Durchfahrtsverbot wird im Zuge des Luftreinhaltungsplans durch das Regierungspräsidium geprüft. Ein planunabhängiges Handeln der Stadt Heilbronn ist nicht möglich. Die Einrichtung und verpflichtende Nutzung von Umladestationen ist rechtlich nicht möglich. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 59 (GRÜNE) | Wegweisende Beschilderung |
| Antrags-gegenstand | Die Ausschilderung wird weiter verbessert. So können Verkehrsströme gelenkt werden, z.B. Ausschilderung des Weges zum Bahnhof über den Europaplatz und die Hafenstraße, nicht über die Gerberstraße. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die wegweisende Beschilderung wird im Zuge des Förderprojektes „Digital Beschildern“ derzeit überarbeitet. Der Antrag konkretisiert die Maßnahme 6a „Optimierung der bestehenden Infrastruktur“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 60 (GRÜNE) | Kombi-Parkticket |
| Antrags-gegenstand | Einführung von „Kombi-Parktickets“ in den Parkhäusern und P&R-Stationen am Stadtrand, die als Fahrschein im ÖPNV gelten. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die meisten Parkhäuser werden durch private Unternehmen betrieben. Die Stadt hat hierauf nur sehr begrenzt Zugriff, da auch die Eigentumsverhältnisse entsprechend geregelt sind (Erbbaupacht etc.). Derzeit sind die P+R-Parkplätze kostenlos, im Bus muss ein entsprechender Fahrschein gelöst werden. Der Gedanke kann bei einer Erweiterung/Neuanlage von Parkierungseinrichtungen in städtischer Zuständigkeit aufgegriffen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 61 (GRÜNE) | Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt |
| Antrags-gegenstand | Außerhalb der Parkhäuser gibt es in der Innenstadt für Kfz nur noch Anwohnerparkplätze und 30-Minuten-Kurzzeitparkplätze. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Stadt Heilbronn hat ein Parkraumkonzept mit Erhebung in der Innenstadt beauftragt. In diesem sollen Parkraumangebot und Parkraumbedarf im Detail geprüft werden. Die Ergebnisse sollen nach der Sommerpause in den Gemeinderat eingebracht werden. Der Antrag ist im Mobilitätskonzept unter der Maßnahme 6b „Neuordnung des ruhendes Kfz-Verkehrs“ enthalten. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|---------------------------|--|
| Nr. 62 (GRÜNE) | Durchfahrtsverbote |
| Antrags-gegenstand | In der Altstadt werden weitere Ringverkehrsmöglichkeiten und Durchfahrtsverbote geprüft. |

| | |
|-----------------------------|---|
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist in den Maßnahmen 1b „Konzeptionierung von Zufahrtsregelungen in sensiblen Bereichen“, 1d „Verbesserung der Aufenthaltsqualität“, 6a „Optimierung der bestehenden Infrastruktur“ enthalten. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 63 (SPD) | Reduzierung Parkplätze in der nördlichen Innenstadt |
| Antrags- gegenstand | <p>Die Verwaltung legt bis Mitte 2020 ein Konzept vor zur Reduzierung des fließenden und ruhenden Kfz-Individualverkehrs in der nördlichen Innenstadt. Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Die Parkplätze im öffentlichen Raum werden im benannten Gebiet insgesamt um ein Drittel reduziert. 2.) In der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr werden die verbleibenden Parkplätze je zur Hälfte als Anwohnerparkplätze und zur Hälfte als Kurzzeitparkplätze ausgewiesen. 3.) Die Gebühren für die Kurzzeitplätze werden angehoben. 4.) In der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr werden alle Parkplätze als Anwohnerparkplätze ausgewiesen. 5.) Ausnahme: Für mobilitätseingeschränkte Personen werden rund um die Uhr ausreichend Parkmöglichkeiten vorgehalten. 6.) In der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr wird die Durchfahrt des Gebiets in nord-südlicher Richtung unterbunden; d.h. die Gerberstraße wird von der Kaiserstraße bis zur Einfahrt zur Tiefgarage Käthchenhof als Einbahnstraße ausgewiesen. |
| Stellungnahme Verwaltung | <p>Die genannten Antragsgegenstände sind im Mobilitätskonzept unter den bereits genannten Maßnahmen 1b „Konkretisierung von Zufahrtsregelungen in sensiblen Bereichen“, 1d „Verbesserung der Aufenthaltsqualität“, 2b „Erweiterung bestehender Fußgängerzonen und Neudefinition von Fußgängerzonen“ und 6b „Neuordnung des ruhendes Kfz-Verkehrs“ enthalten. Zusätzlich erstellt die Stadt Heilbronn bereits ein Parkraumkonzept mit Erhebung für die Innenstadt. In diesem soll diese Anforderung im Detail geprüft werden. Das Parkraumkonzept befindet sich derzeit in der Bearbeitung und soll nach der Sommerpause im Gremium vorgestellt werden.</p> <p>Eine ausschließliche Ausweisung der Parkstände im öffentlichen Raum als Bewohnerparkplätze ist nach den Regelungen der StVO nicht möglich. Der Anteil an Bewohnerparkplätzen darf nach 18 Uhr maximal 75 % betragen.</p> <p>Beim 6. Punkt verweist die Verwaltung auf Drucksache 338/2019.</p> |
| Empfehlung Verwaltung | <ul style="list-style-type: none"> • Übernahme der Punkte 1-3 sowie 5 in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) • Übernahme des Punkt 4 in den Maßnahmenkatalog unter der Maßgabe, den Anteil auf 75 % festzusetzen. (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) • Punkt 6 Ablehnung |

7. Optimierung der Wirtschaftsverkehre

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 64 (LINKE) | Bündelung Logistik, Minidepot |
| Antrags-gegenstand | Bündelung der Zustellverkehres, pro Stadtteil ein Minidepot |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahme 7b „Einführung von Minidepots mit Weiterverteilung durch E-Cargo-Bikes o.ä.“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 65 (LINKE) | Minidepots für Einkäufe |
| Antrags-gegenstand | Lieferung von Geschäftseinkäufen über Minidepots |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 1f „Einführung/Erweiterung von Serviceangeboten“ und 7b „Einführung von Minidepots mit Weiterverteilung durch E-Cargo-Bikes o.ä.“ enthalten. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 66 (LINKE) | Minidepots in Parkhäusern |
| Antrags-gegenstand | Minidepots in Parkhäusern |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahme 7b „Einführung von Minidepots mit Weiterverteilung durch E-Cargo-Bikes o.ä.“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

8. Mobilitätsmanagement

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 67 (LINKE) | Fahrradabstellplätze bei Bauvorhaben |
| Antrags-gegenstand | Mindestens 2 wettergeschützte und diebstahlsichere Fahrradabstellplätze pro Wohnung; entsprechende Erhöhung bei großen Wohnungen; Aufnahme in Bebauungspläne |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antragsinhalt wird in der Maßnahme 8b „Mobilitätskonzepte für Bauvorhaben“ thematisiert. Eine konkrete Festlegung bereits in dieser Verfahrensstufe schränkt die Flexibilität und die Einbindung aller Verkehrsträger bei der Erstellung von Mobilitätskonzepten unnötig ein. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 68 (LINKE) | Fahrradabstellplätze Behörden |
| Antrags-gegenstand | Bau von Fahrradstellplätzen bei Behörden, Schulen sowie Büro- und Gewerbegebäuden, entsprechende Planungen bei Neubauten. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist in den Maßnahmen 3e „Ausbau der Fahrradparkmöglichkeiten“ und 8d „Einführung und Ausweitung des behördlichen Mobilitätsmanagement“ enthalten. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 69 (LINKE) | Betriebliches Mobilitätsmanagement |
| Antrags-gegenstand | Gezielte Ansprache der örtlichen Arbeitgeber in Industrie, Handel und Behörden mit dem Ziel, den Modalsplit Umweltverbund im Berufsverkehr zu erhöhen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist in den Maßnahmen 8c „Einführung und Ausweitung des betriebliches Mobilitätsmanagement“ und 8d „Einführung und Ausweitung des behördlichen Mobilitätsmanagement“ enthalten. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist gegenstandslos |

9. Öffentlichkeitsarbeit

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 70 (LINKE) | Autofreier Sonntag |
| Antrags-gegenstand | Wiederbelebung des autofreien Tages nach dem Vorbild des 2018 eingestellten „AOK-Radsonntags“ |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist in der Maßnahme 9b „Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit“ enthalten. Welche Maßnahmen darunter zu fassen sind, wird im Rahmen der Umsetzung des Mobilitätskonzept beraten und entschieden. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 71 (LINKE) | Entwicklung von Aktionen |
| Antrags-gegenstand | Stadtradeln ausweiten und Entwicklung weiterer Aktionen |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag ist in der Maßnahme 9b „Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit“ enthalten. Stadtradeln wird bereits stadtweit angeboten und auch durch den Landkreis durchgeführt. 2020 soll das Stadtradeln gemeinsam und zur gleichen Zeit mit dem LK HN erfolgen. Für jedes Wochenende im Veranstaltungszeitraum ist eine Aktion (Radcheck, geführte Radtouren, Mondscheinradtour, etc.) geplant. |
| Empfehlung Verwaltung | Antrag ist aufgrund entsprechenden Verwaltungshandeln antragslos |

10. Weitere Themen

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 72 (LINKE) | Amt für Mobilität |
| Antrags- gegenstand | Einrichtung eines Amtes für Mobilität, in den der ÖPNV-Bereich einbezogen wird |
| Stellungnahme Verwaltung | Das Thema Mobilität und ÖPNV ist bei der Stadtverwaltung sowie den Tochterunternehmen in unterschiedlichen Organisationseinheiten, je nach Spezialgebiet verortet. Bei komplexen Sachverhalten, wie hier, ist konnektives Arbeiten bzw. die Vernetzung aller Beteiligten die Lösung. Die jeweiligen Themenfelder werden von den jeweiligen Experten abgestimmt mit den anderen Bereichen bearbeitet. Der Vorteil dieser dezentralen Lösung ist, dass die zusätzliche Fachkompetenz aus der jeweiligen Aufgabenerledigung (z.B. Schülertransport, Luftreinhaltung, Nachhaltigkeit, Bevölkerungsentwicklung, Teilhabe usw.) einfließen können, die bei einer Zentralisierung auch wieder nur Schnittstellen und Abstimmungsbedarfe ergeben werden. Die Bildung eines Amtes für Mobilität ergibt daher aus Sicht der Verwaltung keine Vorteile gegenüber der bisherigen Aufgabenerledigung. |
| Empfehlung Verwaltung | Geschäft der laufenden Verwaltung, keine Beschlussfassung im GR möglich, da Zuständigkeit des Oberbürgermeisters |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 73 (GRÜNE) | Parkmünze |
| Antrags- gegenstand | Das Parkmünzsystem der Stadtinitiative darf nicht nur auf den motorisierten Verkehr beschränkt sein. Belohnt werden muss der Einkauf in der Innenstadt, unabhängig vom Verkehrsmittel. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 6b „Neuordnung des ruhenden Kfz-Verkehrs“ und 9b „Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 74 (GRÜNE) | Multiple Nutzung von Parkraum und Straßenraum |
| Antrags- gegenstand | Die Verwaltung erarbeitet Vorschläge zum Thema „Flexible Raumkonzepte“ – multiple Nutzung von Parkraum und Straßenraum, sowohl was die räumliche Nutzung als auch die zeitliche Nutzung von Flächen durch verschiedene Nutzungsarten betrifft. |
| Stellungnahme Verwaltung | Der Antrag konkretisiert die Maßnahmen 6b „Neuordnung des ruhenden Kfz-Verkehrs“ und 1d „Verbesserung der Aufenthaltsqualität“. Der Vorschlag kann in die Maßnahmenbeschreibung übernommen werden. |
| Empfehlung Verwaltung | Übernahme in den Maßnahmenkatalog (Erledigt bei Annahme von Antragspunkt 5) |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 75 (SPD) | Weitergehende Priorisierung |
| Antrags- gegenstand | Vertiefte Priorisierung der einzelnen Maßnahmenempfehlungen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die vertiefte Priorisierung der Maßnahmenumsetzung kann nur im Rahmen Haushaltverfahren für die Jahre 2021/2022, 2023/2024, 2025/2026, 2027/2028 und 2029/2030 stattfinden, da im Rahmen dieser Verfahren die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Im Mobilitätskonzept wird eine erste Priorisierung vorgeschlagen. Die Maßnahmensteckbriefe müssten zunächst weiter konkretisiert werden, um eine zeitliche Einordnung und Umsetzungstermine zu definieren. Für eine weitere Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen fehlen derzeit die Personalkapazitäten, um eine Konkretisierung noch im ersten Halbjahr 2020 vorzulegen |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 76 (SPD) | Umsetzungstermine |
| Antrags- gegenstand | Zeitliche Einordnung, Umsetzungstermine für die einzelnen Maßnahmen. |
| Stellungnahme Verwaltung | Im Mobilitätskonzept wird eine Priorisierung vorgeschlagen. Die Maßnahmensteckbriefe müssten zunächst weiter konkretisiert werden, um eine zeitliche Einordnung und Umsetzungstermine zu definieren. Für eine weitere Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen fehlen derzeit die Personalkapazitäten, um eine Konkretisierung noch im ersten Halbjahr 2020 zu erstellen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 77 (SPD) | Kosten für Haushaltsplanung |
| Antrags- gegenstand | Darstellung der Kosten der einzelnen Maßnahmen im Vorfeld der Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/22. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Maßnahmensteckbriefe müssten zunächst weiter konkretisiert werden, um konkrete Kosten dazustellen. Für eine weitere Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen fehlen derzeit die Personalkapazitäten, um eine Konkretisierung noch im ersten Halbjahr 2020 zu erstellen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 78 (SPD) | Gemeinderatsklausur |
| Antrags- gegenstand | Im ersten Halbjahr 2020 findet eine halbtägige Gemeinderatsklausur zur weiteren Beratung und Vertiefung der Maßnahmenempfehlungen aus dem Mobilitätskonzept statt. Neben der Expertise aus der Verwaltung werden Vertreter der Stadtwerke und des HHHNV beteiligt. |
| Stellungnahme Verwaltung | Die Verwaltung verweist auf die Stellungnahmen zu den Antragspunkten 75-77. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 79 (LINKE) | Mobilitätskonzept als eigenständiges Konzept |
| Antrags- gegenstand | Das Mobilitätskonzept 2030 ist kein Klimaschutzteilkonzept, sondern ein eigenständiges Konzept der Stadt Heilbronn mit dem Ziel, die Verkehrs- wende zu planen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Änderung an der DS 294/2019 unter dem Punkt Sachverhalt: Streichen auf Seite 2 im 1. Absatz den zweiten Satz. |
| Stellungnahme Verwaltung | Dieser Antragspunkt bezieht sich auf den Antrag 4 der Verwaltung. Das Mobilitätskonzept wurde als Klimaschutzteilkonzept erstellt und durch den Bund auch entsprechend gefördert. Da im Moment der Klimaschutz- Masterplan erstellt wird und auch darin das Thema Mobilität eine große Rolle spielt, würde die Verwaltung die Themen doppelt bearbeiten. Dass die im Mobilitätskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausschließlich dem Klimaschutz dienen, sondern generell die verkehrsbedingten Belastungen für Mensch und Umwelt reduzieren, steht außer Frage. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|--|
| Nr. 80 (LINKE) | Änderung des DS Textes im Sachverhalt |
| Antrags- gegenstand | Änderung an der DS 294/2019 unter dem Punkt Sachverhalt: Einfügen auf Seite 2 am Ende des 2. Absatzes: „Zur Vermeidung eines weiteren Zeitverzuges wird mit der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes in 2020 begonnen.“ |
| Stellungnahme Verwaltung | Mit der Arbeit am Mobilitätskonzept wird nach dem Beschluss des Antragspunktes 2 der Verwaltung sofort begonnen. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

| | |
|-----------------------------|---|
| Nr. 81 (LINKE) | Änderung des DS Textes in der Finanzwirtschaft |
| Antrags- gegenstand | Änderung an der DS 294/2019 unter dem Punkt Finanzwirtschaft: Streichen des 2. Satzes und Einfügen: „Bei der Erstellung des Haushaltplanes 2021/2022 haben die Investitio- nen in Maßnahmen zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes 2030 erste Priorität“ |
| Stellungnahme Verwaltung | Eine Priorisierung der Investitionen im städtischen Haushaltsplan erfolgt im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens. Der Abschnitt Finanzwirtschaft einer Drucksache ist nicht Teil der Be- schlussfassung. Der Text hat informativen Charakter. |
| Empfehlung Verwaltung | Ablehnung |

III. Finanzwirtschaft

Es wird auf die Drucksache 294/2019 verwiesen.

IV. Bürgerbeteiligung/Vorhaben

Es wird auf die Drucksache 294/2019 verwiesen.